

**Nov 2021 | Unternehmerbrief**

**INFORMATION FÜR MITTELSTÄNDISCHE UNTERNEHMEN UND FREIE BERUFE**



**UMU  
EWiF | BM**

*Wir Eigentümerunternehmer*

## Unser Appell an die Koalitionsparteien: Wachstum wagen!

von Prof. Dr. Volker Römermann, CSP, und Prof. Dr. Guido Quelle

*„Deutschland braucht eine neue Agenda aus Reform und Wachstum. Die großen Herausforderungen wie Klimawandel, Digitalisierung und demografischer Wandel sind nur durch Wirtschaftswachstum finanzierbar. Es gibt keinen Gegensatz zwischen Ökologie und wirtschaftlichem Wachstum“*, appellieren BM-Präsident Prof. Dr. Volker Römermann und Prof. Dr. Guido

Quelle, Wachstumsexperte und Senator im Wirtschaftssenat der Wir Eigentümerunternehmer, an die Partner der zum Redaktionsschluss noch andauernden Koalitionsverhandlungen in Berlin.

Im Vorfeld der Wahl standen Themen wie Klimawandel oder Gesundheitspolitik im Vordergrund. Die Verbandsgruppe »Wir Eigentümerunternehmer« mahnt, dass nun auch die kurz- und mittelfristige Wirtschaftspolitik wieder stärkeres Gewicht bekommen muss.

Klimaschutz ist richtig und notwendig. Aber ohne finanziellen Spielraum können die hierfür notwendigen Investitionen nicht getätigt werden. Deswegen wäre es blauäugig, Wirtschaft gegen Umwelt auszuspielen. Beides geht nur zusammen.



Prof. Dr. Guido Quelle

*„Wir brauchen in Deutschland eine neue Agenda“*, fordert Prof. Römermann. Bei aller Kritik, die damals an Gerhard Schröders Agenda 2010 geäußert worden sei, müsse man ihr doch Eines zugutehalten: Es wurde über den Tag, über die Wahlperiode hinausgedacht. Und zwar ohne Rücksicht auf „Populismus“, rein an der Sache orientiert. Damit wurden Grundlagen

geschaffen für eine wirtschaftlich stabile Phase. *„Die ist nun aber an ihr Ende gekommen. Es bedarf einer Erneuerung“*. Prof. Dr. Guido Quelle ergänzt: *„Selbstverständlich brauchen wir auch Wachstum. Ohne gesundes Wachstum sind Start-Ups, ist überhaupt eine positive Entwicklung der Wirtschaft undenkbar.“*

Der deutsche Mittelstand hat in der Pandemie schwere Zeiten überstanden. Er darf jetzt nicht durch weitere Regulierung erdrückt werden. Mittelständische Unternehmen bilden die Basis für die Verwirklichung aller politischen Zielsetzungen. Wir stehen bereit, eine zukünftige Regierungskoalition nach Kräften zu unterstützen.

Aber man muss uns auch Gehör schenken und die lebenswichtigen Grundlagen für eine prosperierende Wirtschaft im Koalitionsvertrag verankern.



Prof. Dr. Volker Römermann, CSP

*Prof. Dr. Volker Römermann, CSP, ist Vorstand der Römermann Rechtsanwälte AG in Hannover, Honorarprofessor an der Humboldt-Universität zu Berlin und Präsident des Bundesverbandes Deutscher Mittelstand e.V. - BM - Wir Eigentümerunternehmer.*

*Prof. Dr. Guido Quelle, Senator im Wirtschaftssenat der Wir Eigentümerunternehmer, ist geschäftsführender Gesellschafter der Mandat Managementberatung GmbH mit Sitz in Dortmund und seit über 30 Jahren Experte für gesundes, profitables Wachstum. Er gilt als einer der deutschen Vordenker bei wachstumsorientierter Transformation und Change Management. ■*

### INHALT

<b>Wachstum wagen! Appell an die Koalitionsparteien</b>	1
<b>Mittelstandspolitische Positionen der »Wir Eigentümerunternehmer«</b>	2
<b>Verbands/KfW-Finanzierungsumfrage 2021 – Die Ergebnisse</b>	3

▼ Mittelstandspolitische Positionen der  
Verbandsgruppe »Wir Eigentümerunternehmer«



## Was die Ampel-Parteien für die Wirtschaft tun müssen

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses stand noch nicht fest, ob es die Koalitionsverhandler aus SPD, Grüne und FDP schaffen würden, sich über ihre Differenzen hinwegzusetzen, um eine gemeinsame Regierung zu bilden. Wenn es zu dieser Parteienkonstellation in der Regierung kommt, dürften die Hoffnungen vieler Mittelständler auf der FDP liegen.

Die FDP, traditionell stark mit dem Mittelstand und den Freien Berufen verbunden, ist mit einem hervorragenden Ergebnis wieder in den deutschen Bundestag eingezogen – eine famose Leistung von Christian Lindner, der Erfolg ist sicher aber auch der Schwäche der CDU/CSU geschuldet!

In einer Regierung mit den in vielen Teilen links und marktwirtschaftsskeptisch eingestellten Sozialdemokraten und Grünen müssen sie ein Korrektiv bilden gegen solch fragwürdige Phantasien wie »Steuererhöhungen«, »Ausbau von Regelungen, Verboten und Bürokratie«, »massive Erhöhung der Energiekosten und höhere Umweltschutzaufgaben«, »rasant steigende Staatsverschuldung«, »Ausbau der Sozialleistungen« und ein Deutschland »ohne Außengrenzen«.

Den Verhandlungspartnern in den Koalitionsgesprächen haben wir unsere im folgenden dargestellten wirtschaftspolitischen Positionen und Forderungen im Interesse des deutschen Mittelstandes deutlich gemacht (Auszug):

**Mittelständische Unternehmen brauchen die Unabhängigkeit, Entscheidungen zu treffen und ein freiheitliches, soziales, faires und marktbezogenes politisches Umfeld.**

**1** Die **Steuerpolitik** muss hier mehr unterstützen und einfacher werden, statt immer weiter zu belasten und komplexere Anforderungen zu stellen. Gerade eine Erhebung von Vermögensteuer und Erbschaftsteuer, die im Verhältnis zum Aufkommen außerordentlich teuer sind, treffen vor allem Unternehmen und hemmen deren Wachstumspotenzial und das Schaffen und Sichern von Arbeitsplätzen.

Dabei muss die Steuerlast, unabhängig von Größe und Rechtsform der Unternehmen, spürbar begrenzt werden, denn gerade Personengesellschaften versteuern ihre Gewinne noch mit dem vollen Einkommensteuersatz.

Unsere Ansätze für eine Reform der Steuerpolitik stützen sich auf die Grundsätze des Steuerrechts von **Prof. Dr. Paul Kirchhof**, dem langjährigen Vorsitzenden der Deutschen Steuerjuristischen Gesellschaft, der die klar strukturierte Reduktion auf vier Steuerarten vorsieht und das Einkommen, einheitlich bei natürlichen Personen, Personengesellschaften und Körperschaften als Grundlage einer 25%igen Besteuerung nimmt.

**2** Eines der bedeutendsten Themen der nächsten Jahre und Jahrzehnte ist auch die besorgniserregende **Entwicklung der Renten und das Rentenniveau**. Die Politik muss in dieser Legislaturperiode dringende Stabilisierungsmaßnahmen unseres Renten- und Pensionssystems ergreifen.

Arbeiteten im Jahr 1950 noch rund sechs Erwerbstätige für die Rente eines Ruheständlers, so waren es im Jahr 2020 nur noch drei, im Jahr 2035 werden es nur noch zwei sein. Das reicht aber nicht aus, und so muss noch ein beträchtlicher Bun-

deszuschuss aus sonstigen Steuermitteln dazukommen. Da nun immer weniger Beitragszahler einer steigenden Anzahl von Ruheständlern gegenüberstehen, werden die Beiträge in den nächsten Jahren immer weiter steigen.

Für das Jahr 2020 wurde der Beitragsatz noch mit 18,6 % festgelegt. Nach Einschätzung der »Kommission Verlässlicher Generationenvertrag« ist ein Anstieg auf 20 bis 24 % vom Bruttolohn zu erwarten, weil nicht zu verhindern! Maßgeblich hängt es also davon ab, wie gut es gelingt, möglichst viele Menschen in Arbeit zu bringen und wie hoch dann der jährliche Steuerzuschuss des Bundes an die Rentenkassen ausfallen muss.

Noch dramatischer ist die Lage bei den Pensionen. Es gibt bereits Bundesländer, in denen bei unveränderter Lage, zwischen 2030 und 2040 eine Situation eintritt, in der sämtliche Steuereinnahmen benötigt würden, nur um die Pensionen und die Zinsen zu bezahlen.

Was einige Wirtschaftswissenschaftler vorschlagen sind Versorgungsfonds, aus dem zumindest ein Teil der Pensionslasten bezahlt wird. Gespeist werden müssten diese Fonds auch aus Beiträgen aktiver Beamter.

**3** Weiterer konsequenter **Bürokratieabbau** ist essentiell notwendig für den wirtschaftlichen Erfolg im Mittelstand. Ein Zuviel an Bürokratie hemmt das unternehmerische Handeln, denn sie kostet Zeit und Geld und muss daher im Fokus unserer Anstrengungen zur Eindämmung stehen. Das Ziel der »Bürokratie Entlastungsgesetze« (BEG I, II, III) sollte sein, den unmittelbaren finanziellen und zeitlichen ►

▼ Finanzierung in der Corona-Krise

## Verbands/KfW-Finanzierungsumfrage 2021 – Die Ergebnisse

Die Finanzierungssituation der Unternehmen in Deutschland stellte sich aufgrund der Corona-Pandemie angespannter dar als in den Vorjahren. Dies liegt nicht nur an dem unsicheren konjunkturellen Umfeld, sondern auch an der sich verschlechternden Eigenkapitalsituation vieler Unternehmen und dem damit verbundenen Rückgang der Bonitätsbewertungen. Dies zeigen die Ergebnisse unserer Unternehmensbefragung Anfang 2021.

Gemeinsam mit unserer Verbandsgruppe und 18 Spitzen-, Fach- und Regionalverbänden der Wirtschaft hat die KfW Bankengruppe zum 20. Mal eine breit gefächerte Befragung von Unternehmen aller Größenklassen, Wirtschaftszweige, Rechtsformen und Regionen durchgeführt. Sie zeichnet daher ein gutes Bild der Situation der Unternehmen in der Corona-Krise. Die wichtigsten Ergebnisse sind:

- 1 Die Finanzierungssituation der Unternehmen in Deutschland hat sich merklich verschlechtert – insbesondere in den von der Pandemie am stärksten betroffenen Branchen. Rund 36 % der Unternehmen berichteten von einem leichten Kreditrückgang. Mehr als jedes vierte befragte Unternehmen meldete dagegen Schwierigkeiten – gegenüber den Vorjahren hat sich dieser Anteil mehr als verdoppelt.
- 2 Gleichzeitig ist die Nachfrage nach Bankkrediten deutlich gestiegen: 62,2 % der Un-

ternehmen haben Kreditverhandlungen geführt. Dieser Anstieg reflektiert den coronabedingt erhöhten Liquiditätsbedarf vieler Unternehmen.

3 Insbesondere langfristige Kredite waren gefragt: 59,6 % der kreditnachfragenden Unternehmen führten hierzu Kreditverhandlungen. Diese dürften zu einem nicht unerheblichen Teil für den Aufbau von Liquiditätspolstern herangezogen worden sein. Über kurzfristige Kredite wurden nur in rund 39,9 % der Fälle Kreditverhandlungen geführt.

4 Im Vergleich zu den Vorjahren scheiterten Kreditverhandlungen jedoch häufiger. Mit einem Anteil von 18,6 % kam es bei kurzfristigen Krediten im zurückliegenden Jahr besonders häufig zu keinem Abschluss. Verhandlungen über mittel- und langfristige Kredite waren mit Anteilen von 14,8 und 12,1 % etwas erfolgreicher.

5 Die seit der Jahrtausendwende zu beobachtende positive Entwicklung der Eigenkapitalausstattung der Unternehmen dürfte sich nicht fortgesetzt haben. So berichteten 39,5 % der befragten Unternehmen von einer Verschlechterung ihrer Eigenkapitalquote. Lediglich 29,7 % der Unternehmen meldeten eine Verbesserung.

6 Für viele Unternehmen dürfte es nach der Krise somit von hoher Wichtigkeit sein, ihre Eigenkapitalbasis wieder zu stärken. Aktuell planen rund 37 % der befragten Unternehmen ihre Eigenkapitalquote zu erhöhen. Mit einem Anteil von 72 % soll dies besonders häufig mittels der Einbehaltung von Gewinnen realisiert werden. Ist keine Erhöhung geplant, liegt dies mit 35,9 % vorwiegend daran, dass die Unternehmen ihre Eigenkapitalquote für angemessen halten. Mit einem Anteil von 29,9 % scheitert eine Erhöhung aber häufig auch daran, dass die Unterneh-

men dafür aktuell keine Möglichkeit sehen.

7 Die Corona-Krise hat auch die Ratingnoten vieler Unternehmen unter Druck gesetzt – 34,5 % der Unternehmen meldeten eine Verschlechterung der Bonitätsbewertung. Lediglich 16 % der befragten Unternehmen konnten ihre Ratingnote verbessern.

8 Die aktuelle Krise und ihre Folgen könnten einen nicht unerheblichen Einfluss darauf haben, welche Finanzierungsinstrumente für die Unternehmen zukünftig interessant bzw. zugänglich sind. Die Befragungsergebnisse zeigen, dass vor allem solche Instrumente nach der Krise in der Gunst der Unternehmen steigen werden, die deren Eigenkapitalquoten schonen bzw. stärken. Dazu zählen insbesondere die Innenfinanzierung, Einlagen von Familie oder Gesellschafter sowie das Leasing. Aber auch Fremdkapitalinstrumente wie kurz- und mittelfristige Bankkredite werden nach Aussagen der Unternehmen an Bedeutung zunehmen.

9 Trotz der Schwere der Krise haben rund zwei Drittel der befragten Unternehmen Investitionen umgesetzt – im Vergleich zum Vorjahr aber in geringerem Umfang. Rund 42,1 % der Unternehmen gaben an, den Umfang ihrer Investitionsprojekte reduziert zu haben.

10 Diese Ergebnisse legen nahe, dass viele Unternehmen ursprünglich geplante Projekte möglicherweise nicht umsetzen konnten, aber durch (kleinere) Investitionsprojekte ersetzt haben, die ihnen halfen, sich besser an die Krisensituation anzupassen. Darauf deuten auch die genannten Investitionsziele hin: Rund 52 % der Unternehmen nannten als ein primäres Investitionsziel Digitalisierung, rund 37 % die Senkung von Kosten.

### Impressum

Verantwortl. Redakteur: Dipl.-Kfm. Johann Stigler Herausgeber: Bundesverband Deutscher Mittelstand e.V. - BM, Europäisches Wirtschaftsforum e.V. - EWIF, Union Mittelständischer Unternehmen e.V. - UMU und Union Freier Berufe und Mittelständischer Unternehmen e.V. - UFB/UMU – Wir Eigentümerunternehmer, Edelsbergstr. 8, D-80686 München, Tel. (089) 57007-0, Fax (089) 57007260. Druck: NEEF+STUMME, Hamburg. Vertrieb: Impulse Medien GmbH. Erscheinungsweise: mehrmals jährlich, für unsere Mitglieder im Rahmen ihrer Mitgliedschaft im Verband kostenlos enthalten. Nachdrucke sind nicht gestattet.

Fortsetzung – Mittelstandspolitische Positionen der Verbandsgruppe »Wir Eigentümerunternehmer«

Aufwand, der beim Bürger, der Wirtschaft und der Verwaltung durch die Befolgung bundesrechtlicher Normen entsteht, auf das Notwendige zu beschränken. Doch die sogenannte Bürokratiebremse aus dem Jahr 2015 hat ihre Wirkung bislang verfehlt.

Laut Jahresbericht des Nationalen Normenkontrollrats war der Erfüllungsaufwand der Wirtschaft im Zeitraum Juli 2019 bis Juni 2020 mit 2,6 Mrd. Euro sogar höher, als in den beiden vergangenen Jahren. Gerade kleine und mittelständische Unternehmen sind jedoch auf Grund ihrer begrenzten finanziellen und fachlichen Ressourcen von staatlicher Regulierung besonders betroffen.

Im Abbau kosten- und zeitintensiver Bürokratie sehen wir einen zentralen Punkt der Mittelstandspolitik, und fordern daher, den immer weiteren Anstieg von Bürokratie zu vermeiden und bestehende kostenintensive Bürokratie durch ein Netto-Abbauziel zu verringern. Einen wesentlichen Beitrag zum Abbau von kostenintensiver Bürokratie stellt ein intelligent umgesetztes und vor allem funktionierendes E-Government dar, denn Deutschland ist hier im Vergleich zu anderen europäischen Ländern deutlich im Hintertreffen.

**4** Die zunehmende Abhängigkeit vom Internet, bei der für die Unternehmen überlebenswichtigen **Digitalisierung**, birgt enorme Gefahren bei der Datensicherheit. Nicht nur die immer noch in einem katastrophalen Zustand liegende Verfügbarkeit schneller Datenleitungen (Deutschland liegt im weltweiten Vergleich auf einem der letzten Plätze), sondern auch die Gefahren von Cyber-Attacks und Cyber-Terror betrachten schon heute über 80 % der Unternehmen als die größten Bedrohungen für die deutsche Wirtschaft und deren Innovationskraft.

Als ein hoch technisiertes Land mit starken Branchen, wie dem Kraftfahrzeug-

und Maschinenbau oder der chemischen Industrie, ist Deutschland längst Zielscheibe von internationalen Wettbewerbern, staatlichen Institutionen und kriminellen Organisationen geworden, die mit hoher Kompetenz versuchen, das geistige Know-how zu entwenden oder zu manipulieren. Denn mit der zunehmenden Vernetzung (Industrie 4.0) und der Notwendigkeit der Kommunikation über mehrere Parteien hinweg, steigt das Risiko von Spionage, Sabotage und Diebstahl von Know-how und Forschungsergebnissen enorm. Selbstverständlich müssen wir uns bewusst sein, dass im Prinzip 100 % der Datenleitungen und Knotenpunkte heute „abgehört“ bzw. die Datenströme „überprüft“ werden.

Um ihr geistiges Eigentum bestmöglich zu schützen, müssen die Unternehmen daher heutzutage viel mehr für die digitale Sicherheit tun und investieren. Abgesehen von den technischen Voraussetzungen wie Firewalls, Virenprogramme und die stete Pflege der IT-Systeme, müssen Mitarbeiter sowie Management umfassend über die Risiken der Vernetzung informiert werden und mit regelmäßigen Trainings konkret für ein präventives Risikomanagement geschult werden.

Das ist nicht nur mit Zeitaufwand sondern auch beträchtlichen Kosten verbunden. Gerade KMU sind hier gegenüber globalen Großunternehmen stark benachteiligt, da ihnen schlicht die zeitlichen und finanziellen Ressourcen fehlen, um sich adäquat zu schützen.

Hier ist der Staat in der zwingenden Pflicht nicht nur für ein verlässliches digitales Umfeld zu sorgen, sondern die KMU finanziell und organisatorisch bei der Digitalisierung zu unterstützen.

**5 Schutz der Freiberufler und Selbständigen:** Gerade die freiberuflich Tätigen vieler Branchen wurden bislang vom Staat kaum effektiv unterstützt. Hier muss dringend nachgebessert werden, und wir werden uns mit konkreten Vorschlägen an

die Verantwortlichen in der Politik wenden.

Insbesondere Spezialisten und Experten in der Industrie, Datentechnik und anderen technologischen Spezialgebieten, sind wichtige Partner für den Mittelstand. Sie wurden über Jahre hinweg bedroht mit dem Thema »Scheinselbständigkeit« und damit einhergehenden existenzgefährdenden Steuerforderungen. Und aktuell wurden sie häufig erst sehr spät in den Unterstützungsleistungen für coronabedingte Einnahmeausfälle bedacht.

**6 Energie und Klima:** Die hohen Strompreise in Deutschland erschweren die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, und der doppelte Ausstieg aus Kernkraft und Kohle, die wachsende Stromnachfrage sowie der oft anzutreffende Widerstand gegen den Ausbau von Netzen und erneuerbaren Energien stellen das Energiesystem vor massive Probleme. Gleichzeitig bietet der Sektor große Entwicklungsmöglichkeiten für Innovationen.

Die Energiekosten und die Maßnahmen zum Klima- und Umweltschutz sind wichtig, dürfen jedoch nicht zu einer übermäßigen Belastung der Bürger und der Unternehmen führen. Der Schlüssel zu einem effektiven Klima- und Umweltschutz liegt in der technologischen Innovation. Durch die Förderung der Entwicklung von Klima- und Umweltschutztechnologien werden neue Märkte etabliert, Innovationskräfte werden freigesetzt und unsere Wettbewerbsfähigkeit gestärkt.

Klimaschutz muss also mit Anreizen statt Verboten gesteuert und als ein Infrastruktur- und Modernisierungsprojekt verstanden werden. Anstelle von Quoten, Verboten und zusätzlichen Belastungen brauchen wir ein System positiver Anreize zur Reduzierung von Treibhausgasen. ■